

Schönes Prinzip, häßliche Fakten

Tony Blair drängt die Europäer zum autonomen militärischen Handeln – ein frommer Wunsch

Von Josef Joffe

Dezember 1998: Im bretonischen St. Malo treffen sich Tony Blair und Jacques Chirac, um zweierlei zu beschließen: eine neue Pause im ewigen Kampf um die Vorherrschaft, womöglich aber auch den Anfang vom Ende der Nato. Sie wünschen sich ein Europa, das fähig sei zum „autonomen Handeln“. Genauer: „glaubwürdige Streitkräfte“, eine Entscheidungsstruktur, die deren Einsatz erlaubt und die „Bereitschaft, sie zu nutzen“.

März 1999: Was damals wie ein frommer Wunsch klang, der vorweg die nicht eingeladenen Deutschen nervös machte, wird nun immer mehr zur operativen britischen Politik. Denn zum Wochenbeginn hat Tony Blair den Appell von St. Malo wiederholt und mit einem Treibsatz versehen. Die Herren und Damen Europäer sollen sich in den nächsten „drei Monaten“ für eine solche Streitmacht entscheiden, die imstande wäre, mit Krisen à la Kosovo fertig zu werden. „Wir Europäer“, so Blair, „dürfen von den USA nicht erwarten, daß sie eine Rolle in jedem Hinterhof-Streit spielen“.

Ein prächtiges Prinzip, denn wieso sollte Amerika den Polizisten spielen, wenn EU-Europa fast genauso viele Soldaten und mehr Panzer als Amerika hat? Wenn es praktisch den gleichen Reichtum (BSP) produziert? Das schöne Prinzip beginnt erst zu wackeln, wenn man die häßlichen Details betrachtet.

Erstens: Europa besitzt nicht die Mittel zum autonomen Handeln. Verteidigungsminister Rudolf Scharping hat nun erneut zugegeben, daß „bestimmte Teile“ der Bundeswehr mit dem Einsatz im Kosovo an die „Grenze ihrer Leistungsfähigkeit“ stießen. Kein Wunder, denn die Bundeswehr wurde jahrzehntelang auf die Abwehr eines massiven sowjetischen Angriffs ausgerichtet – mit einer Rekrutenarmee und schwerem Gerät. Doch Kosovo- oder Bosnien-Operationen erfordern leichtfüßige Spezialtruppen. Ähnliches trifft für die meisten anderen Euro-Armeen zu – bis auf die zwar kleine, aber hochprofessionelle der Briten.

Zweitens: Aus diesem Grund stellen sich die St.-Malo-Mächte vor, daß die Amerikaner ihnen die Großraumtrans-

porter, die Satelliten und die Elektronik wie ein Autovermieter bereitstellen werden. Auch das erscheint angesichts eines souveränitätserpichteten US-Kongresses wie ein frommer Wunsch. Außerdem: Mit der Leihgabe wächst das Risiko, daß Amerika doch noch in den Konflikt verwickelt würde; warum also nicht gleich die Kontrolle übernehmen?

Folglich: Die Europäer müßten sich das nötige Rüstzeug selber besorgen und rasch ihre „falschen“ Armeen umbauen. Aber in EU-Land schrumpfen die Rüstungsbudgets, und kein Politiker wird mehr Geld fürs Militär zu fordern wagen. Schließlich: Wenn sich aber EU-Europa trotzdem die notwendigen Instrumente verschafft, wozu braucht es dann noch die Nato? Denn solange keine mächtige Bedrohung auftaucht, ist der große Versicherer Amerika nicht gefragt. Außer der atlantischen Spaltung droht aber auch die europäische. Denn Ankara und Oslo gehören zur Nato, nicht aber zur EU. Und Irland, Schweden, Finnland und Österreich gehören zwar zur EU, aber nicht zur Nato.